

Ratingen, den 7. Dezember 2017

Stellungnahme des UVR zum Haushaltsplanentwurf 2018/2019 der Stadt Ratingen

„Gute Zeiten nutzen, um sich für schlechtere Zeiten zu wappnen“

Zum zweiten Mal nach dem Doppelhaushalt 2016/2017 stellt die Stadt Ratingen einen Haushaltsplanentwurf für zwei Jahre auf. Der Unternehmensverband Ratingen e.V. (UVR) nimmt zum Entwurf für die Jahre 2018/2019 wie folgt Stellung:

Ratingen ist keine wirtschaftlich autarke Insel, wie der Bürgermeister in seiner Einbringungsrede festgestellt hat. Dennoch darf festgestellt werden, dass die Stadt auf der Einnahmenseite die Täler früherer Jahre verlassen hat und sich insbesondere mit Gewerbesteuererinnahmen von rund 100 Mio. EUR erheblich freier bewegen kann als noch vor wenigen Jahren.

Nach Ansicht des Unternehmensverbands Ratingen e.V. als Vertretung der Wirtschaft am Standort kommt es nun darauf an, die Ausgabenseite nicht ausufern zu lassen, sondern auf Dauer Überschüsse zu erwirtschaften und das Ziel im Blick zu halten, sukzessive in den kommenden Jahren die – immer noch vorhandenen – Schulden zurückzuführen. Dass die Versuchung angesichts der extrem niedrigen Zinsen groß ist, die Schuldentilgung nicht als primäres Ziel zu sehen, ist verständlich. Allerdings werden die Zinsen in einigen Jahren auch wieder steigen – und dann wird man für jeden Euro dankbar sein, für den man nach der Tilgung keine Zinsen mehr zahlen muss.

Es ist erfreulich, dass der Rater Kämmerer für die beiden kommenden Jahre moderate Ergebnisüberschüsse erwartet. Es sei in diesem Zusammenhang aber daran erinnert, dass diese Überschüsse angesichts der geplanten Ausgaben nur deshalb entstehen, weil die Stadt ab 2018 keine Solidaritätsumlage mehr an das Land zahlen muss. Wäre die Umlage weiter zu zahlen, müssten Ausgaben nicht unerheblich gesenkt werden, um zumindest zu einem ausgeglichenen Ergebnis zu kommen. Insoweit hat sich der Politikwechsel auf Landesebene positiv auf den Rater Haushalt für die kommenden Jahre ausgewirkt.

Dass man bei den Rater Haushaltsplanungen davon ausgeht, dass der Gewerbesteuerhebesatz unverändert bleibt, spricht für die Weitsicht der Stadtspitze. Zwar würde sich die Wirtschaft freuen, wenn der Hebesatz unter 400 Prozentpunkte gesenkt werden würde – dies auch als Signal an ansiedlungswillige Unternehmen -, das Wichtigste dürfte jedoch sein, dass der Hebesatz-Abstand zur attraktiven Landeshauptstadt nicht steigt.

Für richtig hält der UVR auch den Vorschlag der Stadtspitze, den Hebesatz bei der Grundsteuer beizubehalten. Wenn nun von Seiten der Politik fast unisono der Ruf kommt, den Grundsteuerhebesatz wieder zu senken, so müsste zuerst einmal geklärt werden, wie der dadurch entstehende Einnahmenausfall kompensiert werden soll. Der UVR jedenfalls – obwohl auch die Unternehmer durch einen geringeren Hebesatz bei der Grundsteuer entlastet würden – hält es für vertretbar und sinnvoll, den Grundsteuerhebesatz nicht wieder zu senken.

Ratingen kann sehr positiv auf die kommenden Jahre schauen, wenn es gelingt, die Stadt zukunftsfest zu machen – sowohl bei der Bestandspflege von Unternehmen als auch bei deren Neuansiedlung. Außerdem muss es das Ziel sein, Ratingen zur Heimatstadt möglichst vieler Arbeitnehmer zu machen, die heute noch teilweise von weit her in die Stadt einpendeln, um an ihren Arbeitsplatz zu kommen.

Die Ratinger Unternehmer begrüßen es sehr, dass es in den Jahren 2018 und 2019 keine weitere Verschuldung der Stadt geben soll und neue Kreditermächtigungen nur für Förderkredite vorgesehen sind. Auf dem Hintergrund der guten Einnahmensituation ist es auch richtig, dass sowohl die Stadtwerke als auch die KomMITT Ratingen GmbH ihre Gewinne nicht abführen sollen, sondern für ihre weitere Entwicklung nutzen können. Es ist nach unserer Ansicht von großer Bedeutung, dass das von der KomMITT zu bauende Glasfasernetz so schnell wie möglich in der gesamten Stadt fertiggestellt wird. Vergleiche belegen, dass Deutschland insgesamt beim schnellen Glasfasernetz gegenüber vielen anderen Ländern erheblich zurückliegt. Innerhalb Deutschlands und in NRW verschaffen sich Städte, die bereits über eine schnelle Internetanbindung per Glasfasernetz verfügen, erhebliche Standortvorteile. Damit Ratingen nicht ins Hintertreffen gerät, muss alles dafür getan werden, dass das schnelle Internet der KomMITT Ratingen GmbH so früh wie möglich insbesondere in den Gewerbegebieten zur Verfügung steht. Der UVR unterstützt daher alle Bemühungen, die Glasfaseranbindung früher als bisher angepeilt 2021 allen Interessenten anbieten zu können.

Die schnelle Internetanbindung mittels Glasfaser ist auch Voraussetzung dafür, die Chancen der Digitalisierung umfassend nutzen zu können. Die Digitalisierung schreitet mit Riesenschritten voran und stellt viele bisherige Geschäftsmodelle von Unternehmen in Frage – seien es die Sparkassen und Banken, Versicherungen oder sonstige Dienstleistungsunternehmen. Viele in Ratingen ansässige Unternehmen sind Gewinner der Digitalisierung – sie am Standort zu halten ist erste Pflicht.

Die Digitalisierung macht aber auch vor der Stadtverwaltung nicht halt. Der UVR begrüßt es daher sehr, dass die Stadt seit dem Frühjahr einen offiziellen E-Governmentbeauftragten hat. Damit darf es aber nicht getan sein. Wichtig ist es auch, dass dieser von allen Ämtern und Dezernaten unterstützt wird bei der Aufgabe, die Stadtverwaltung zukunftsfest zu machen. Die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen ist eine Gemeinschaftsaufgabe der gesamten Stadtverwaltung.

Die gerade gestartete Veranstaltungsreihe „Ratingen Digital“, bei der Unternehmen und Stadtverwaltung gemeinsam Projekte zu den Schwerpunktthemen Energie, Handel, Verkehr und städtische Datenplattform identifizieren, trifft auf ein breites Echo. Hier könnte von der Verwaltungsspitze die Unterstützung noch verstärkt werden, um vor allem auch Kosteneinsparpotenziale zu heben und Bürokratieabbau im besten Sinne zu betreiben. Das gilt umso mehr als im Spätsommer 2018 der Bezug des neuen Rathauses ansteht und bereits im Vorgriff darauf Möglichkeiten der Digitalisierung geprüft und möglichst auch umgesetzt werden sollten.

Der Unternehmensverband Ratingen e.V. hat die Politik seit vielen Jahren immer wieder dazu aufgefordert, eine Finanzpolitik auf lange Sicht zu betreiben, die verlässlich ist und das finanziell Machbare im Blick hat. Dazu gehört auch die Einplanung von Risiken und in Zukunft absehbaren Finanzverpflichtungen. Daher halten die Unternehmer es für richtig, für die Verpflichtungen aus künftigen Beamtenpensionen regelmäßig Rückstellungen zu bilden.

Wie der Kämmerer in seiner Einbringungsrede zu Recht ausgeführt hat, müssen die Ratsfrauen und Ratsherren in Ratingen bei allen Entscheidungen zur Ausgabenseite berücksichtigen, welche Folgekosten entstehen – und ob sich Ratingen diese auch auf Dauer leisten kann. Allein die Vielzahl an notwendigen Maßnahmen beim Schulbau zeigt, dass in früheren Jahrzehnten häufig zu kurzfristig gedacht und die Notwendigkeit von Ersatzinvestitionen in der Zukunft verdrängt wurde.

Während Erhaltungsinvestitionen in Schulen und Neuinvestitionen in Kindertageseinrichtungen notwendig und sinnvoll sind, sehen die Unternehmer die geplanten Kostensteigerungen im Personalbereich mit einer gewissen Skepsis. Auch hier gilt der Grundsatz, dass zu prüfen ist, ob sich Ratingen diese zusätzlichen Kosten auf Dauer leisten kann. Auch wenn die Besetzung von Stellen in Kindertagesstätten notwendig ist, so sollte doch auch geprüft werden, ob z. B. die darüber hinaus in 2016/2017 eingerichteten zusätzlichen elf Stellen im Jugendamt sowie die acht Stellen für die Flüchtlingsbetreuung auf dem Hintergrund der Entwicklung der Flüchtlingsraten auch zukünftig notwendig sind.

Außerdem muss unseres Erachtens kritisch geprüft werden, welche Tätigkeiten von Verwaltungsmitarbeitern durch die Einführung digitaler Methoden zukünftig entfallen können. Hier sehen wir – auch durch den Vergleich mit den Entwicklungen in den Unternehmen – erhebliche Einsparungspotenziale.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob und inwieweit das vor zwei Jahren auf Betreiben des damaligen Personaldezernenten beschlossene Konzept zur Konsolidierung des Kostenblocks „Personal“ weitergeführt wird. Damals wurde beschlossen, bis zum Jahr 2020 insgesamt sechs Prozent der ämterbezogenen Stellen einzusparen.

Zusammenfassend begrüßen wir den Willen der Stadtspitze, mit einem ausgeglichenen Haushalt die Stadt Ratingen attraktiv und handlungsfähig zu erhalten. Der Unternehmensverband Ratingen e.V. empfiehlt, in diesen guten Zeiten das Fundament zu legen für eine moderne Stadtverwaltung, die durch die konsequente Nutzung der Digitalisierung auch den Bürgern und Unternehmen einen Mehrwert bietet. Auf dass Ratingen seine Stärken auch zukünftig voll ausspielen kann.

gez. Olaf Tünkers
Vorsitzender

gez. Dr. Axel Mauersberger
Geschäftsführer